



Nr. 23

10. Juni 2021

Friedrichstraße 169  
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur  
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70  
Telefax 030.40 81-55 99  
presse@dbb.de  
www.dbb.de

## Inhalt

Alterssicherung

[Einbeziehung von Beamtinnen und Beamten löst Problem des Rentensystems nicht](#)

Jahrestagung „Initiative kulturelle Integration“

[Vielfalt im öffentlichen Dienst stärken](#)

dbb senioren

[Urteil zur Doppelbesteuerung: Heutige Rentner\\*innen profitieren kaum](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Berlin

[Besoldungsallianz geht in die Offensive](#)

Niedersachsen

[Klare Absage an Ausgabensenkung durch Personalkürzungen](#)

Bremen

[Brandanschlag auf Polizei-Einsatzfahrzeuge verurteilt](#)

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

[Deutsche Bahn verschärft Tarifkonflikt](#)

Bund Deutscher Forstleute (BDF)

[Nationaler Waldgipfel: Patient Wald – aber keine Pfleger?](#)

Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG)

[Besteuerung von Online-Glücksspiel erfordert vorsorgende Personalplanung](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Kinderrechte im Grundgesetz: Kritik an fehlender Kompromissbereitschaft](#)

## [Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

## Alterssicherung

### **Einbeziehung von Beamtinnen und Beamten löst Problem des Rentensystems nicht**

**dbb Vize Friedhelm Schäfer mahnt, das Grundproblem des Rentenversicherungs-Systems anzugehen. Beamtinnen und Beamte einzubeziehen sei keine Lösung.**

„Wir werden die Probleme in der Rentenversicherung, die wir zweifelsohne haben, nicht dadurch in den Griff bekommen, dass wir die Beamtinnen und Beamten in dieses Alterssicherungssystem einbeziehen“, sagte Friedhelm Schäfer, Zweiter dbb Vorsitzender und Fachvorstand Beamtenpolitik, am 10. Juni 2021 im „WDR 2 Morgenmagazin“. Denn man dürfe nicht vergessen: „Auch die werden irgendwann mal Leistungen bekommen.“ Schäfer warb für eine sachliche, an den Fakten orientierte Diskussion und warnte vor einer Neiddebatte. Die Beamtinnen und Beamten trügen seit jeher ihren Teil zu ihrer Alterssicherung bei. „Fakt ist, dass die Besoldung der Beamten in der aktiven Zeit um einen imaginären Betrag, der ursächlich einmal bei 7 Prozent lag, geringer aufgestellt ist, worüber eine eigenständige Alterssicherung aufgebaut wird. Wenn der Staat das gemacht hätte, was er hätte machen können, nämlich daraus entsprechende Rücklagen zu bilden, hätten wir Diskussion über die Beamtenversorgung nicht – sie wäre die am besten aufgestellte Alterssicherungssituation in Deutschland“, erklärte Schäfer. Die Politik, nicht die Beamtenschaft,

trage die Verantwortung dafür, dass über Jahre versäumt wurde, Versorgungsrücklagen und Versorgungsfonds aufzubauen, um die finanziellen Belastungen in den Haushalten, die es zweifelsohne gebe, besser abdecken zu können.

Mit Blick auf die Rentenversicherung forderte Schäfer, sich den Grundproblemen des Systems zu stellen. Dieses gehe noch immer grundlegend davon aus, dass die Menschen 45 Jahre arbeiteten, einzahlten und dann „nur“ 10 bis 12 Jahre Rente bekämen. „Dass die Situation heute eine andere ist, wissen wir alle. Die Menschen werden, was ja auch gut ist, immer älter und beziehen die Rente wesentlich länger. Dieses fundamentale Problem lösen Sie nicht dadurch, dass Sie mehr Beitragszahler in das System reinholen und dabei verkennen, dass die im Regelfall dann allein schon aufgrund von Aus- und Vorbildung zwar gute Einzahler, aber am Ende auch gute Nehmer des Systems wären, also relativ hohe Renten bekämen“, so Schäfer.

## Jahrestagung „Initiative kulturelle Integration“ **Vielfalt im öffentlichen Dienst stärken**

**Handlungsbedarf in Sachen Diversität im öffentlichen Dienst sieht dbb Chef Ulrich Silberbach und fordert: „Die vielfältige Gesellschaft muss sich im Staat stärker widerspiegeln.“**

„Lediglich 12 Prozent der Beschäftigten der Bundesverwaltung haben einen Migrationshintergrund und dieser Personenkreis ist zudem überdurchschnittlich häufig in befristeten Beschäftigungsverhältnissen tätig“, sagte Silberbach bei der Jahrestagung der „Initiative kulturelle Integration“ am 8. Juni 2021 in Berlin. Obschon die Einstellung im öffentlichen Dienst auf Grundlage entsprechender Eignung und Befähigung erfolgen müsse und daher pauschale Quoten abzulehnen seien, „müssen wir die Sichtbarkeit von Personen mit Zuwanderungsgeschichte im öffentlichen Dienst deutlich erhöhen“, sagte der dbb Bundesvorsitzende. „Der öffentliche Dienst sollte die veränderte,

vielfältigere Gesellschaft abbilden. Dementsprechend muss der Arbeitgeber Staat die Interkulturalität der Verwaltungen und Behörden stärken, bei den Menschen mit Migrationsgeschichte ein Interesse am Staatsdienst wecken und Hemmnisse bei Einstellung und Karriere abbauen. Das ist eine dauerhafte Aufgabe.“ Als konkrete Maßnahmen nannte der dbb Chef veränderte Recruitment-Instrumente wie anonymisierte Bewerbungen, gezielte Personalentwicklungskonzepte sowie ein behördenspezifisches Diversitätsmanagement. Den Schulen komme die wichtige Aufgabe zu, über den öffentlichen Dienst als Arbeitgeber und vielfältige Perspektiven zu informieren.

Mit Blick auf die demografische Entwicklung untermauert Silberbach die Bedeutung verstärkter Personalgewinnung für den öffentlichen Dienst: „In den nächsten Jahren werden 37 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in den Ruhestand gehen – wie wollen wir diese Lücke schließen? Gerade die Herausforderungen der jüngsten Vergangenheit – Flüchtlingskrise, Finanzkrise, Corona-Pandemie – haben gezeigt, was es bedeutet, wenn die Personaldecke des Staats in vielen Bereichen auf Kante genäht ist. Um für die Zukunft gewappnet zu sein und eine breite Akzeptanz für staatliches Handeln in der Gesellschaft zu erreichen, brauchen wir einen modernen, flexiblen und vielfältigen öffentlichen Dienst, mit einer aufgabengerechten Personalausstattung. Denn es ist der öffentliche Dienst, der mit all seinen Bereichen einen wesentlichen Anteil am Zusammenhalt unserer Gesellschaft und Funktionieren unseres Staates trägt.“

Die überparteiliche Initiative kulturelle Integration, gegründet 2016, befasst sich mit der Frage, welchen Beitrag Kultur zur Integration leisten kann – zur Integration der Menschen, die nach Deutschland kommen, aber auch derjenigen, die bereits in Deutschland leben. Der dbb beamtenbund und tarifunion, hat zusammen mit den anderen Initiatoren und Mitgliedern 15 Thesen zu kultureller Integration und Zusammenhalt formuliert, unter Moderation des Deutschen Kulturrates.

Mehr Infos dazu bietet das [Internetprotal kulturelle-integration.de](https://internetprotal.kulturelle-integration.de) der Initiative kulturelle Integration, ebenso wie Einblicke in die Vielfältigkeit kultureller Integration, in die Vielzahl der Akteure, Fördermöglichkeiten und Veranstaltungen.

dbb senioren

## Urteil zur Doppelbesteuerung: Heutige Rentner\*innen profitieren kaum

**Der Bundesfinanzhof (BFH) hat mit seinen Urteilen vom 31. Mai 2021 für einige Klarstellungen bezüglich der Doppelbesteuerung von Renten gesorgt.**

„Die Bundesregierung muss handeln, heutige Rentnerinnen und Rentner profitieren nur in eher seltenen Einzelfällen“, fasste der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung, Horst Günther Klitzing, die Konsequenzen aus den Urteilen zusammen.

Der BFH hat festgestellt, dass es doppelte Besteuerung der Renten nicht geben darf, auch nicht in der 35-jährigen Übergangsphase. Derzeit sei der Rentenfreibetrag noch so hoch, dass eine Doppelbesteuerung nur in Einzelfällen vorliege. Der Freibetrag werde jedoch für jeden neuen Rentnerjahrgang kleiner, sodass

zukünftig mit mehr Fällen zu rechnen sei. Dies gelte vor allem für Selbstständige, die, anders als Arbeitnehmer\*innen, ihre Rentenbeträge in vollem Umfang aus ihrem Einkommen zahlen müssten. Hier fordert der BFH schnellstmöglich eine gesetzliche Neuregelung, die eine Doppelbesteuerung ausschließt.

Der BFH stellte außerdem klar, dass bei der Berechnung des steuerfreien Anteils der Rente neben dem Grundfreibetrag die Werbungskostenpauschale und vom Steuerpflichtigen zu tragende Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge nicht mit eingerechnet werden dürfen.

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

Berlin

### **Besoldungsallianz geht in die Offensive**

**„Die Besoldungsallianz von dbb berlin, DGB Berlin-Brandenburg, Deutscher Richterbund und Hauptpersonalrat, die eine umfassende Korrektur aller Berliner Verstöße gegen die amtsangemessene Besoldung der Beamten und Richter fordert, ist wirkungslos verklingende Appelle an den Berliner Senat leid und geht jetzt mit einer Plakat- und Postkartenaktion in die Offensive“, erklärte der dbb Landesvorsitzende Frank Becker am 9. Juni 2021.**

Die Betroffenen selbst, die in den Jahren 2009 bis 2015 eine vom Bundesverfassungsgericht als „evident unzureichend“ eingestufte Besoldung hinnehmen mussten, sind dazu aufgerufen, bei den Mitglieder des Abgeordnetenhauses mit entsprechenden Postkarten gegen die Politik des Senats zu protestieren. Der will nämlich in seinem Reparaturgesetz bislang nur

Richterinnen und Richter, und auch das nur für wenige Jahre, entschädigen. Das „Un-Recht“ werde damit wiederholt und in den letzten Jahren wiedergewonnenes Vertrauen leichtfertig verspielt, heißt es auf den Postkarten und Plakaten. Die klare Botschaft an die Abgeordneten lautet deshalb: „Unrecht beseitigen, Recht setzen und Vertrauen erhalten!“

Niedersachsen

### **Klare Absage an Ausgabensenkung durch Personalkürzungen**

**Der Niedersächsische Landesrechnungshof hat gefordert, die Ausgaben des Landes nachhaltig durch Personalreduzierung zu senken. Der Niedersächsische Beamtenbund und Tarifunion (NBB) widerspricht.**

Gerade die Corona-Pandemie habe deutlich gemacht, dass sich massive Stelleneinsparungen ausschließlich zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger auswirken. „Offensichtlich ist dem Niedersächsischen Landesrechnungshof der objektive Blick auf die aktuelle Situation ein wenig verloren gegangen“, so Alexander Zimbehl und Peter Specke, die Landesvorsitzenden des NBB. „Wir weisen seit Jahren auf den stetigen Aufgabenzuwachs der allgemeinen Verwaltung und des öffentlichen Dienstes hin.“ Dieser Aufgabenzuwachs, verursacht beispielsweise durch eine veränderte Sicherheitslage, gestiegene Rechtsanforderungen in den Verwaltungstätigkeiten, einen deutlichen Bevölkerungszuwachs und nicht zuletzt bildungspolitische Entwicklungen könne man nicht durch Personalabbau bewältigen.

„Über eines muss man sich im Klaren sein: Wir erfahren in der täglichen Arbeit in allen Bereichen ein deutliches Plus an Aufgaben. Zudem soll den Bürgerinnen und Bürgern in den nächsten Jahren ein erheblich erweiterter Online-Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen geboten werden. Diesem ohne zusätzliche Personalausgaben zu begegnen wird nicht möglich sein“, erklärte die NBB-Vertreter und

unterstrichen, dass die Bürgerinnen und Bürger das Recht auf verlässliche und gute öffentliche Dienstleistungen hätten. Wenn der Landesrechnungshof nun Personalkürzungen wolle, dann müsse er der Bevölkerung auch sagen, dass es zukünftig immer weniger öffentliche Dienstleistungen in immer schlechterer Qualität geben werde.

„Unabhängig von Bürgerinteressen bedeuten derartige Überlegungen in der Konsequenz gleichzeitig eine erhebliche Verunsicherung unseres bestehenden Personals“, so Alexander Zimbehl weiter. „Viele Kolleginnen und Kollegen arbeiten bereits jetzt deutlich oberhalb der Leistungskapazitäten, da der versprochene Personalnachersatz weiterhin fehlt. Diesen Menschen nimmt man zunehmend die Aussicht, dass sich die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst in Niedersachsen bessern werden.“

Der Landesrechnungshof hat sich zudem mit den Kosten für die (zukünftige) Versorgung der Beamtinnen und Beamten im Ruhestand beschäftigt. „Unabhängig davon, dass das Berufsbeamtentum mit seinen Rechten und Pflichten Verfassungsrang genießt, können wir

nur dringend davor warnen, an den Grundsätzen des Berufsbeamtentums zu schrauben und selbiges dadurch auszuhöhlen und für den interessierten Nachwuchs unattraktiv zu machen. Das Berufsbeamtentum ist eines der wesentlichen Grundpfeiler unserer Demokratie und hat auch in den letzten 75 Jahren nieder-

sächsischer Landesgeschichte seinen unbestreitbaren Wert für die Entwicklung unseres Landes unter Beweis gestellt. Gegen jegliche Angriffe, insbesondere aus rein monetären Gründen heraus, werden wir uns jetzt und in der Zukunft deutlich zur Wehr setzen“, mahnte Peter Specke.

## Bremen

### **Brandanschlag auf Polizei-Einsatzfahrzeuge verurteilt**

**In der Nacht zum 6. Juni 2021 haben Unbekannte das Gelände der Bereitschaftspolizei Bremen mit Brandsätzen angegriffen. Der dbb bremen und die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) in Bremen verurteilen den Anschlag.**

Der DPoIG Landesvorsitzende Jörn Schulze sagte: „In einem der freiesten Länder der Welt werden Straftaten gegen den Staat und seine Einrichtungen verübt: Was für ein Irrsinn. Wir halten es da mit der Aussage des neuen Polizeipräsidenten Dirk Fasse: ‚Das muss aufhören!‘. Wir erwarten, dass sich der Senat mit den fortwährenden Angriffen auf Einrichtungen der Polizei befasst und öffentlich Stellung dazu bezieht. Die schweigende Tolerierung offensichtlich ideologiesteuerter Straftaten kann nicht hingenommen werden. Der oder die Täter beweisen stets aufs Neue eine hohe kriminelle Energie.“

Die freiheitlich demokratische Grundordnung schütze jeden Menschen in dieser Republik. Die grundrechtlich verbrieften Rechte auf Versammlungsfreiheit und Meinungsfreiheit ließen zu, dass sich jeder mit seiner Meinung an die Öffentlichkeit wenden könne. Das garantiere auch die Polizei, etwa in dem sie Veranstaltungen vor Angriffen schütze. „Insofern ist ein Angriff auf die Polizei auch ein Angriff auf die Werte und Prinzipien unserer Demokratie“, so Schulze.

## Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

### **Deutsche Bahn verschärft Tarifkonflikt**

**Die Bundestarifkommission und der Hauptvorstand der GDL haben am 8. Juni 2021 in Berlin das Scheitern der Tarifverhandlungen mit der Deutschen Bahn (DB) und die Einleitung von Arbeitskampfmaßnahmen beschlossen.**

„Wir wollten verhandeln und eine Einigung erzielen, doch die DB hat sich erneut verweigert“, so der GDL Bundesvorsitzende und dbb Vize Claus Weselsky. „Der Arbeitgeber hat weder ein Angebot vorgelegt, noch war er bereit über die von der GDL erheblich reduzierten Forderungen zu verhandeln. Stattdessen beharrt das Management auf Verschlechterungen bei Arbeitszeitregelungen und der Planungssicherheit des Zugpersonals. Anderslautende Aussagen von Personalvorstand Seiler sind schlicht gelogen. Deshalb trägt er auch die volle Verantwortung für den heraufbeschworenen Tarifkonflikt.“

Die DB setze weiterhin auf Verzögerung, Verrechtlichung und die wahrheitswidrige Darstellung der GDL-Positionen in der Öffentlichkeit. Sie wolle den Arbeitnehmern weiterhin Reallohnverluste zumuten, die Betriebsrenten kürzen und die Freizeitplanung beeinträchtigen. GDL-Hauptvorstand und Bundestarifkommission hätten deshalb die genannten Beschlüsse einstimmig gefasst. Noch im Laufe der Woche werde die GDL der DB das Scheitern der Verhandlungen schriftlich bestätigen.

## Bund Deutscher Forstleute Nationaler Waldgipfel: Patient Wald – aber keine Pfleger?

**Beim Nationalen Waldgipfel von Bundesministerin Julia Klöckner kamen die Personalprobleme der Branche und die Sichtweise der Försterinnen und Förster zu kurz, bemängelte der BDF am 4. Juni 2021.**

Vertreter des öffentlichen und privaten Waldbesitzes, der zuständigen Landesministerien, der Wissenschaft und die Waldsprecher von fünf Bundestagsfraktionen hätten bei der Veranstaltung ihre Sicht zur aktuellen Lage des Waldes und der notwendigen finanziellen Hilfen zum klimaresilienten Waldumbau vorgetragen. Über das „Pflegepersonal“ für den „Patienten Wald“ sei aber nicht gesprochen worden, so der BDF Bundesvorsitzende Ulrich Dohle. Dies betreffe Forstwirtinnen und Forstwirte, Försterinnen und Förster sowie das Personal bei Forstunternehmen und Baumschulen. Sie alle hätten sich in den Schadensgebieten in den letzten drei Jahren bis an den Rand der Leistungsfähigkeit um Schadensbewältigung, Borkenkäferabwehr, Wiederbewaldung und vieles mehr gekümmert. „Beim Waldgipfel haben wir klare Aussagen zur entscheidenden Frage vermisst, mit welcher Personalausstattung die vielen Ansprüche an den Wald der Zukunft realisiert werden können“, so der Bundesvorsitzende des BDF, Ulrich Dohle. „Es kam kein einziger betroffener Förster oder Försterin zu Wort und lediglich die walddpolitische Sprecherin der Linken-Fraktion und der Geschäftsführer einer Forstbetriebsgemeinschaft sprachen deutlich die Frage des nicht ausreichenden Forstpersonals an.“

Der künftige Walderhalt ist für die Forstgewerkschaft eine nationale Herausforderung. Der BDF fordert daher alle öffentlichen Forstbetriebe auf, noch laufende Personaleinsparungen in Revieren und Forstämtern einzustellen. „Wir brauchen Personalberechnungen, die sich an den Arbeitserfordernissen orientieren, statt den Forstmitarbeitern immer noch mehr aufzubürden“, so Dohle. Der BDF beklage seit langem, dass die Waldreviere nach betriebswirtschaftlichen Kriterien personell so ausgestattet werden, dass nur noch die allerwichtigsten Arbeiten geschafft werden können. „Wenn der Wald so wichtig ist, wie auf dem Waldgipfel betont, dann braucht es genügend Fachleute um ihn gemischt und kleinstrukturiert wieder anzulegen oder umzubauen. Laubmischwälder können nicht so einfach gepflegt werden wie mono-strukturierte Nadelbaum-Pflanzungen“, so Dohle. „Dazu kommen die gestiegenen Anforderungen der Gesellschaft an den Wald. Wir brauchen Waldmanager, Forstwirte und Wald-Ranger mit Ortskenntnis, Naturschutzspezialisten, die für Artenschutz und Biodiversität sorgen und sie dokumentieren. Ebenso braucht es Fachleute für den Erholungswald und für Öffentlichkeitsarbeit, um das gestiegene Bevölkerungsinteresse ernst zu nehmen.“

## Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) Besteuerung von Online-Glücksspiel erfordert vorsorgende Personalplanung

**Der DSTG Bundesvorsitzende und dbb Vize Thomas Eigenthaler hat die geplante Änderung des Rennwett- und Lotteriegengesetzes und der entsprechenden Ausführungsbestimmungen bei einer öffentlichen Anhörung im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages am 7. Juni 2021 begrüßt.**

Zustimmung gab es vom DSTG Chef vor allem für die geplante Besteuerung des Online-Glücksspiels (beispielsweise virtuelles Automaten-spielen oder Online-Poker). Eigenthaler sprach sich für eine engmaschige Steuernachschau sowie für eine vorsorgende Personalplanung beim Einsatz von Prüfern in dem Bereich aus.

Hintergrund des Gesetzentwurfs des Bundesrates ist die Neufassung des Glücksspielstaatsvertrages der Bundesländer mit Wirkung zum 1. Juli 2021. Dieser sieht unter anderem eine Legalisierung des sogenannten „virtuellen Automaten-spiels“ und des „Online-Poker“ vor. Glücksspielvarianten, die bislang in Deutschland nicht zulässig waren (Ausnahme: Schleswig-Holstein). Während klassische Automaten-spiele – sogenannte terrestrische Automaten-spiele – auf der Basis des Bruttospielertrags

(Einzahlungen minus Gewinnauszahlungen) der Umsatzsteuer und der kommunalen Vergnügungssteuer unterworfen werden, sieht der Gesetzentwurf beim virtuellen Spiel einem Steuersatz von 5,3 Prozent auf den vollen Spieleinsatz (unter vorheriger Herausrechnung der Glückspielsteuer) vor.

Eigenthaler zeigte auf, dass die herkömmliche Besteuerungsmethode beim virtuellen Automatenenspiel zu nicht sachgerechten Ergebnissen führe. „Wir hätten es dann mit einer nicht gerechtfertigten Ungleichbehandlung sowie mit einem Verstoß gegen den Grundsatz der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit zu tun“, bilanzierte er. Das terrestrische Spiel würde so klar benachteiligt.

Die Kritik der Glückspiel-Lobby am neuen Besteuerungssystem wies Eigenthaler in der parlamentarischen Anhörung zurück. Die Warnung der Glücksspielanbieter, eine zu hohe

Besteuerung lenke die Spieler in illegale Spielangebote ab, sei nicht stichhaltig. „Wenn wir völlig ungeprüft dem Argument ‚Flucht in die Illegalität‘ folgen, dann könne der deutsche Steuerstaat auch gleich seine Kapitulation erklären“, erklärte der DSTG Bundesvorsitzende. „Dann können wir auch auf die Tabaksteuer und auf die Mineralölsteuer verzichten und genauso gut die Schwarzarbeit des Handwerkers zulassen.“ Andersrum werde „ein Schuh draus“, sagte Eigenthaler: „Wer Regeln nicht befolgt, der muss als schwarzes Schaf aus der internationalen Glücksspielszene herausgenommen werden.“ Dies habe auch bei Onlineplattformen mit dubiosen Händlern funktioniert.

Kritisch merkte Eigenthaler lediglich an, dass zu seinem Erstaunen eine klare Verpflichtung zur elektronischen Steueranmeldung nicht vorgesehen sei. Dies sei ein Makel, den man noch beheben müsse.

## Verband Bildung und Erziehung (VBE)

### Kinderrechte im Grundgesetz: Kritik an fehlender Kompromissbereitschaft

**Der Plan, die Rechte von Kindern explizit im Grundgesetz zu verankern, ist vorerst gescheitert. Die im Bundestag vertretenen Parteien konnten sich nicht auf ein gemeinsames Vorgehen einigen.**

„Selten zuvor sind so viele Mängel in unserer Gesellschaft, vor allem im Sozial-, Sicherungs- und Bildungssystem, derart schonungslos aufgezeigt worden wie in Zeiten der Corona-Pandemie. Gerade jetzt wäre es ein wichtiges Zeichen gewesen, die Rechte von Kindern fast 30 Jahre, nachdem Deutschland die UN-Kinderrechtskonvention aus dem Jahr 1989 ratifiziert hat, ausdrücklich im Grundgesetz festzuschreiben. Dass diese große Chance, die Rechte von Kindern und Jugendlichen hierüber sichtbarer, besser einforder- und einklagbarer zu machen, durch die fehlende Kompromissbe-

reitschaft der Parteien vertan wurde, ist enttäuschend“, sagte VBE Chef Udo Beckmann am 8. Juni 2021.

„Wir erleben gerade, dass insbesondere gefährdete Gruppen zusätzlich benachteiligt werden, wie geflüchtete Kinder, Kinder mit Behinderungen, armutsbetroffene Kinder oder Kinder, die in konfliktreichen Situationen aufwachsen. Nicht nur, aber auch deshalb müssen wir die Rechte von Kindern nachhaltig stärken. Eine klar und stark formulierte Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz muss deshalb politisches Ziel bleiben“, so Beckmann.

## Namen und Nachrichten

Der **dbb schleswig-holstein** (dbb s-h) hat eine Mitgliederbefragung zur Einkommensrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) im Herbst 2021 gestartet. Es handelt sich um acht Fragen mit jeweils drei möglichen Antwortoptionen. Um die Antworten einordnen zu können und eine flächendeckende Beteiligung zu ermöglichen, schließt sich eine kurze Statuszuordnung an. Teilnehmerdaten werden selbstverständlich nicht erhoben. Inhaltlich betreffen die Fragen zum Beispiel die Messlatte für die Einkommensentwicklung sowie den Sinn einer Corona-Sonderzahlung und einer sozialen Komponente. Die Umfrage läuft bis zum 16. August und kann über die Internetseite [dbb-sh.de](http://dbb-sh.de) aufgerufen werden.

Der **tbb** ist zu einer Stellungnahme zum „Thüringer Gesetz zur Gewährleistung einer verfassungsgemäßen Alimentation“ bis zum 4. Juni 2021 aufgefordert. Der Gesetzentwurf befindet sich aktuell zwischen dem ersten und zweiten Kabinettsdurchlauf. Zuletzt gab es dazu am 1. Juni ein Spitzengespräch in Form einer Videokonferenz unter Führung des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow. Hier wurde festgehalten, dass es weitere Gespräche zwischen den Spitzengewerkschaften und dem Thüringer Finanzministerium geben soll. Die Zeit drängt, weil in Thüringen eine Landtagsauflösung Mitte Juli 2021 im Raum steht. Dazu teilte der tbb mit: „Wie bereits mehrfach ausgeführt, ist die Thüringer Besoldung in den Besoldungsgruppen A6 bis A9 seit 2008 verfassungswidrig zu gering bemessen. Maßstab ist dabei ein Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) von Mai 2020, der als Ausgangspunkt eine vierköpfige Beamtenfamilie betrachtete. Wir fordern zur Wiederherstellung einer verfassungsgemäßen Besoldung eine Erhöhung der Grundbesoldung für alle Besoldungsgruppen. Der Freistaat Thüringen bietet eine umfangreiche Anhebung der Kinderzuschläge an sowie die Streichung der Stufe 1 in A 6 und A 7.“

Beim jüngsten Spitzengespräch der Gewerkschaften mit NRW-Ministerpräsident Armin Laschet und NRW-Finanzminister Lutz Lienenkämper (beide CDU) über Besoldungsfragen herrschte Ernüchterung über einen unerwarteten Stillstand bei der Frauenförderung im öffentlichen Dienst (vgl. dbb aktuell 21/2021). Die schwarzgelbe Landesregierung hatte 2017

eine verfassungsrechtlich problematische Regelung im Rahmen des „Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes“ der rot-grünen Vorgänger gekippt und ein eigenes Modell für mehr Geschlechterparität angekündigt. **Roland Staudé**, Vorsitzender des DBB NRW, bekräftigte nun in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) seine bereits zuvor geübte Kritik: Beim Amtsantritt der schwarz-gelben Regierung habe es die Zusage gegeben, „das Problem der Unterrepräsentanz von Frauen“ auf andere Art zu lösen. Seither seien fast vier Jahre vergangen und die Zusage noch immer offen. „Mit Blick auf die verbleibende Zeit rechnen wir auch nicht mehr mit einer entsprechenden Initiative“, so Staudés Fazit.

Der **dbb Hessen** trauert um sein Ehrenmitglied, die Trägerin der Ehrennadel des dbb Landesbundes, Ingelore Steuernagel. Sie verstarb am Morgen des 7. Juni 2021 völlig unerwartet. „Steuernagel hat über rund 22 Jahre die Geschicke des dbb Hessen als Mitglied des Landesvorstands mitbestimmt. Sie war in vielen Arbeitsgruppen engagiert und hat sich insbesondere für die Fortentwicklung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes erfolgreich eingesetzt. Dabei konnten wir sie stets als streitbare und höchst engagierte, jedoch immer an der Sache orientierte Gewerkschafterin erleben und schätzen. Ihr selbstbewusstes, unbeirrtes Eintreten für die Interessen der Beschäftigten und für ihre Überzeugungen war uns immer ein Vorbild. Auch der Werdegang in ihrer Heimatgewerkschaft DVG ist herausragend, wo sie zuletzt seit 2017 stellvertretende Vorsitzende des DVG Landesbundes Hessen war. Wir verlieren mit ihr eine hoch verdiente Gewerkschafterin, ein hoch geschätztes Vorbild, wir sind ihr zu großem Dank verpflichtet und werden ihr stets ein ehrendes Andenken bewahren. In Gedanken sind wir bei ihren Angehörigen, wir trauern mit ihnen“, teilte der dbb Hessen mit.

Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) **Rainer Wendt** hat Zugriffsrechte für die Polizei auf die Impfdaten des Robert-Koch-Institutes (RKI) gefordert. Es kursieren immer mehr gefälschte Impfpässe in Deutschland, so Wendt am 31. Mai 2021 in einem Beitrag für die Bayerische Staatszeitung: „Wo geimpft wird, erfolgt eine Meldung an das RKI. Auch personenbezogene Daten können mithilfe eines Codes dort gespeichert werden.“



Wenn vor Ort Verdachtsmomente entstehen, könnten Ordnungsamt oder Polizei die Echtheit eines Dokuments durch Prüfung der gespeicherten Daten rasch belegen. Die Voraussetzungen könnten rasch geschaffen werden. Dies müsste auch lediglich für eine Übergangszeit geschehen, bis die sogenannte Herdenimmunität erreicht ist.“ Außerdem warnte Wendt am 8. Juni 2021 vor neuen Infektionsrisiken durch Krawalle im Zusammenhang mit der Fußball-EM. „Gefühlt ist für viele Menschen die Corona-Pandemie zu Ende. Wenn dann die Polizei einschreitet und auf Abstandsregeln und Maskentragen pocht, gilt sie als Spielverderber und kann leicht zum Ziel von Corona- und Fußball-Frust werden.“

Die DPVKOM-Bundesvorsitzende **Christina Dahlhaus** hat sich am 3. Juni 2021 gegenüber welt.de zu den zunehmenden Regressforderungen der Deutschen Post gegenüber den Zustellerinnen und Zustellern geäußert: „Natürlich müssen Anweisungen und Regelungen eingehalten werden, aber wir haben seit über zwölf Monaten außergewöhnliche Arbeitsbedingungen.“ Und in dem Stress könnten Fehler passieren. Sie erwarte daher von der Deutschen Post mehr Empathie und Fingerspitzengefühl für die Menschen. Wenn es zu Regressansprüchen durch die kontaktlose Zustellung komme, müssten die Zusteller geschützt werden: „Ich halte das für die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers“, so Dahlhaus.

Kommende Termine:

17. Juni 2021, digital  
dbb dialog

Neustart für einen NEUSTAAT: Brauchen wir eine Verwaltungsrevolution?

23. Juni 2021, digital  
dbb dialog

dbb dialog zum Tag des öffentlichen Dienstes: Das Spitzengespräch

Mehr Informationen und Livestream unter [dbb-dialog.de](https://www.dbb-dialog.de)